

Intelligente Arbeitsteilung

Werkverträge. Selbstständige mit einem Werkvertrag sind oft gut ausgebildete Spezialisten, die entsprechend gut verdienen und seltener arbeitslos sind als andere. Werkvertragnehmer sind also alles andere als prekär Beschäftigte.

Werkverträge sind ein kleiner, aber wichtiger Teil des Arbeitsmarktes (Kästen Seite 2). Wie klein, zeigt eine Hochrechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels. Demnach schließen in Deutschland etwa 900.000 Selbstständige im Haupt-

erwerb Werkverträge ab. Dies entspricht einem Anteil von 2,1 Prozent an allen Erwerbstätigen.

Wie wichtig die „Branche“ für die deutsche Wirtschaft ist, macht ein Beispiel deutlich. Weil Werkverträge Spezialisierung und effiziente Arbeitsteilung ermöglichen, lassen IT-Abteilungen ihre Software von freiberuflichen Informatikern program-

mieren, die, wenn sie ihre Arbeit erledigt haben, zur nächsten Firma ziehen, um dort ihre Dienste anzubieten. Einen eigenen Mitarbeiter für einen solchen zeitlich begrenzten Job einzustellen, würde sich für eine Firma nicht rechnen – falls überhaupt genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Wenn bestimmte Arbeiten dagegen regelmäßig und in großem Umfang anfallen, greifen die Unternehmen nach wie vor lieber auf eigene Mitarbeiter zurück. Deshalb geht die Nutzung von Werkverträgen auch nicht zulasten der Stammbeschäftigung – dafür gibt es belastbare Indizien:

- Die Stammbeschäftigten in der deutschen Metall- und Elektro-Industrie waren im ersten Halbjahr 2015 um 1,4 Prozent größer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.
- Der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse an den gesamten Arbeitsverhältnissen hat sich im Zeitraum 2006 bis 2013 um 4 Prozentpunkte auf 45 Prozent erhöht, während der Anteil aller Formen der flexiblen →

Wie viel Werkvertragnehmer verdienen

Durchschnittliches monatliches Bruttoeinkommen 2013 in Euro

■ Durchschnittlicher Bruttostundenverdienst 2013 in Euro



Bei Werkverträgen verpflichtet sich der Auftragnehmer, gegen eine Vergütung eine Sache abzuliefern oder Dienstleistung zu erbringen. Wie der Werkvertragnehmer dies erreicht, bleibt ihm überlassen. Dies ist der wesentliche Unterschied zum Arbeitsvertrag, bei dem der Arbeitnehmer eine fremdbestimmte und weisungsgebundene Arbeitsleistung erbringt; Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Meelen · iwd 42

Inhalt

Banken. Nach wie vor halten sich die Banken im Euroraum mit der Kreditvergabe an private Haushalte und Unternehmen zurück.
Seite 3

Grundsteuer. Das IW Köln plädiert für eines der Reformmodelle, die allein auf Bodenflächen und -werte abstellen. Denn nur solche Konzepte setzen die richtigen städtebaulichen Anreize.
Seite 4-5

MINT-Berufe. Der demografische Wandel wird die Fachkräfteengpässe in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Die Zuwanderung von Flüchtlingen könnte jedoch zu einer leichten Entspannung führen.
Seite 6-7

Heimatüberweisungen. In den Arbeitsmarkt integrierte Zuwanderer schicken viel Geld in ihre Heimatländer – und leisten damit oft mehr als die staatliche Entwicklungshilfe.
Seite 8

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchhoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ Beschäftigung mit 14 Prozent konstant geblieben ist.

Auch das Vorurteil, dass es sich bei Werkverträgen um eine prekäre Beschäftigung handele, lässt sich widerlegen. Zum einen sind selbstständige Werkvertragnehmer überdurchschnittlich gut qualifiziert: Die Hälfte von ihnen hat einen Hochschulabschluss – bei den abhängig Beschäftigten sind es dagegen lediglich 24 Prozent (Grafik).

Außerdem arbeiten zwei Drittel der selbstständigen Werkvertragnehmer in ihrem erlernten Beruf; das trifft nur auf 57 Prozent der übrigen Arbeitnehmer zu.

Folglich verdienen Werkvertragnehmer auch recht gut, im Schnitt haben sie ein Bruttomonatseinkommen von 3.500 Euro (Grafik Seite 1). Abhängig Beschäftigte – Vollzeit- und Teilzeitkräfte – kommen nur auf durchschnittlich 2.500 Euro.

Die Befürchtung, dass Werkvertragnehmer nach einem Auftrag regelmäßig in ein tiefes Loch fallen, weil sie keinen neuen Auftrag bekommen, ist unbegründet. In der Regel reiht sich Job an Job: Selbstständige Werkvertragnehmer waren

Der typische Werkvertragnehmer

Er ist männlich (76 Prozent) und 30 bis 50 Jahre alt (62 Prozent). Rund 17 Prozent der Werkvertragnehmer gehören zur Gruppe der Unternehmensberater, Wirtschaftswissenschaftler und Anwälte, 15 Prozent sind Architekten, Bauingenieure oder Informatiker. Weitere 12 Prozent gehören zur Gruppe der Klempner, Fliesenleger und Bauelektriker, 11 Prozent sind Inhaber und Leiter kleiner Unternehmen.

Die häufig mit Werkverträgen in Verbindung gebrachten Crowdworker, die plattformvermittelte Aufträge im IT-Bereich bearbeiten, sind empirisch kaum nachweisbar.

in ihrem Leben bisher im Schnitt nur rund sieben Monate arbeitslos. Bei abhängig Beschäftigten sind es fast neun Monate.

Und so haben Werkvertragnehmer letztlich keine größeren Existenzsorgen als Angestellte:

Die Hälfte der Selbstständigen hält es für unwahrscheinlich, in den kommenden zwei Jahren arbeitslos zu werden.

Von den abhängig Beschäftigten waren sich nur 47 Prozent sicher, demnächst nicht auf der Straße zu stehen.

Dementsprechend gering ist das Armutsrisiko für Werkvertragnehmer – gerade einmal 6 Prozent haben ein Einkommen, das unterhalb der offiziellen Armutsgrenze liegt. Von den Selbstständigen ohne Werkver-

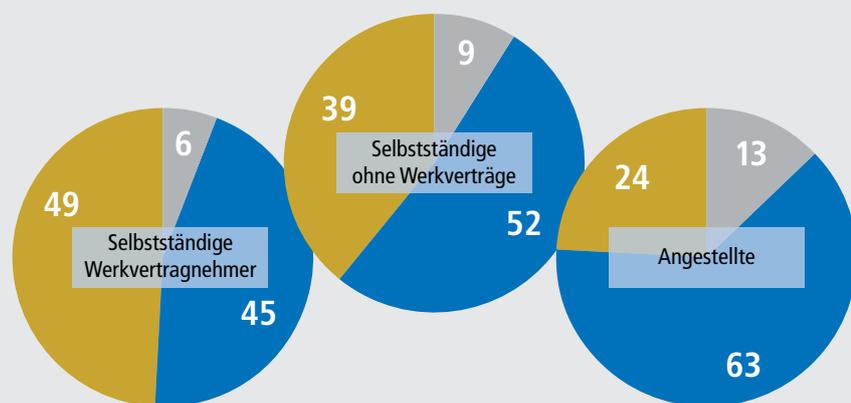
trag ist dagegen jeder zehnte armutsgefährdet.

Die Auftraggeber schätzen an den Werkvertragnehmern vor allem deren Flexibilität, Ideenreichtum und Effizienz. Darin sehen auch die Auftragnehmer selbst ihre Stärken. Nach eigener Einschätzung halten sich Selbstständige mit Werkverträgen für besonders innovativ und zielstrebig. Auf einer Skala von 1 (trifft überhaupt nicht zu) bis 7 (trifft voll zu) erreichen sie durchschnittlich 5,5 Punkte, in puncto Effizienz kommen sie sogar auf 6,0 Punkte.

Dass Werkvertragnehmer sich für besonders innovativ und effizient halten, dürfte letztlich auch dem Umstand geschuldet sein, dass sie für ihren eigenen wirtschaftlichen Erfolg verantwortlich zeichnen.

Werkvertragnehmer: Viele Akademiker

im Jahr 2013 in Prozent



Bei Werkverträgen verpflichtet sich der Auftragnehmer, gegen eine Vergütung eine Sache abzuliefern oder Dienstleistung zu erbringen. Wie der Werkvertragnehmer dies erreicht, bleibt ihm überlassen. Dies ist der wesentliche Unterschied zum Arbeitsvertrag, bei dem der Arbeitnehmer eine fremdbestimmte und weisungsgebundene Arbeitsleistung erbringt; Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Werkverträge

Werkverträge sind eine Vertragsform, die im Grunde genommen seit Jahrhunderten auf dem Arbeitsmarkt üblich ist. Dabei verpflichtet sich der Auftragnehmer, gegen eine vereinbarte Vergütung ein bestimmtes Produkt herzustellen oder eine Dienstleistungstätigkeit auszuüben. Wie der Werkvertragnehmer das bewerkstelligt, bleibt allerdings ihm überlassen – und genau darin besteht der wesentliche Unterschied zum Arbeitsvertrag, bei dem der Arbeitnehmer eine fremdbestimmte und weisungsgebundene Arbeitsleistung erbringt.

Schwierige Zeiten noch nicht vorbei

Banken. Nach wie vor halten sich die Banken im Euroraum mit der Kreditvergabe an private Haushalte und Unternehmen zurück – gleichzeitig floriert allerdings ihr Geschäft mit der Staatsverschuldung. 

Die globale Finanzkrise 2008/2009 und die anschließende Schuldenkrise in den Euroländern hat die europäischen Banken dazu gezwungen, ihre „Bilanzen zu bereinigen“. Hinter diesem Euphemismus steckt die Tatsache, dass die Banken zum Teil hohe Rückstellungen für faule Kredite bilden und hohe Verlustabschreibungen vornehmen mussten.

Dieser Prozess ist mittlerweile vorangekommen, wie ein Blick auf die regulatorischen, also gesetzlich festgelegten Eigenkapitalquoten zeigt:

Die Banken im Euroraum konnten ihre Eigenkapitalquoten von durchschnittlich 8,4 Prozent ihrer risikogewichteten Aktiva – also gestaffelt nach dem Ausfallrisiko – im Jahr 2008 auf 13,1 Prozent im Jahr 2014 erhöhen.

Damit wird die Mindestanforderung des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht erfüllt: Demnach müssen die Banken seit 2014 ein Eigenkapital von 8 Prozent vorweisen. Bis 2019 müssen es dann 10,5 Prozent sein, bei systemischen, also Großbanken sogar bis zu 13 Prozent.

Trotzdem hat die Bilanzbereinigung die Kreditvergabe der Banken noch nicht in allen Segmenten in Gang gebracht (Grafik):

Während der Kauf von Staatsanleihen allein von 2013 auf 2014 um fast 8 Prozent gestiegen ist, haben die Banken ihre Kredite an Unternehmen

Weniger Kredite für Unternehmen und private Haushalte

Kreditvergabe der Banken im Euroraum, jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

	2004 bis 2006	2007 bis 2009	2010 bis 2012	2013 bis 2014
Kauf von Staatsanleihen im Euroraum insgesamt	4,4	1,6	3,3	7,7
Kauf von Staatsanleihen national	-1,1	4,1	14,8	6,9
Kredite an Unternehmen im Euroraum insgesamt	7,1	9,4	-0,7	-3,8
Kredite an Unternehmen national	6,8	8,6	-0,7	-4,0
Kredite an Haushalte im Euroraum insgesamt	8,8	3,8	2,3	-0,4

National: zum Beispiel, wenn deutsche Banken deutsche Staatsanleihen kaufen oder französische Banken Kredite an französische Unternehmen vergeben; Kredite an private Haushalte: Da kaum grenzüberschreitende Kredite an private Haushalte vergeben werden, sind die Kredite insgesamt nahezu identisch mit den Krediten national; Ursprungsdaten: Europäische Zentralbank

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien | Iwd 42

und private Haushalte zurückzuführen – die Firmenkredite sogar um rund 4 Prozent.

Ein Grund für diese Diskrepanz ist, dass die Banken eine Ausweitung ihrer Kredite an Unternehmen und Privathaushalte mit zusätzlichem Eigenkapital unterlegen müssen – nicht aber den Kauf von Staatsanleihen. Zu dieser Bevorzugung kommen die seit Jahren niedrigen Zinsen: Je weniger Geld die Banken mit Hypotheken- und Unternehmenskrediten verdienen können, desto eher schränken sie diese ein.

Ein anderer Grund liegt bei den Banken selbst. Zwar haben sie insgesamt gute Fortschritte bei der Sanierung ihrer Bilanzen gemacht, doch insbesondere die Banken in Zypern, Griechenland, Portugal, Spanien und Irland, aber auch einige Häuser in Belgien, Österreich und Deutschland leiden unter mangelnder Profitabilität. Das wiederum bedeutet ein höheres Insolvenzrisiko, weshalb es diese Banken schwer

haben, sich am Markt zu refinanzieren und Eigenkapital aufzubauen.

Das Eigenkapital spielt jedoch bei der Kreditvergabe die zentrale Rolle. Deshalb ist es wichtig, notleidende Banken schnell zu rekapitalisieren. Weil unprofitable Banken nicht einfach geschlossen werden können – jedenfalls nicht ohne große Verwerfungen –, braucht es effektive Restrukturierungsmaßnahmen insbesondere für jene Banken, die durch den Stresstest der EZB gefallen sind.

Und schließlich muss die regulatorische Bevorzugung von Staatsanleihen gegenüber der Kreditvergabe an Private dadurch gestoppt werden, dass auch die Anleihen mit einem nach Risiko gestaffelten Eigenkapitalanteil unterlegt werden müssen.

aus IW-Trends 3/2015

Markus Demary: IW-Bankenmonitor 2015 – Schleppende Kreditentwicklung trotz oder wegen der Rekapitalisierungsfortschritte? iwkoeln.de/bankenmonitor_2015

Besser auf dem Boden bleiben

Grundsteuer. Obwohl eine Reform der Grundsteuer überfällig ist, streiten Bund und Länder nach wie vor über das Wie. Dabei lassen sie ausgerechnet jene Ansätze außer Acht, die die Steuer allein auf Basis der Grundstücksfläche und des Bodenwerts ermitteln. Gerade diese Konzepte setzen jedoch die richtigen städtebaulichen Anreize und sind mit geringem Verwaltungsaufwand zu realisieren.

Mit einem Aufkommen von etwa 13 Milliarden Euro pro Jahr ist die Grundsteuer für den Staat eher ein kleiner Posten. Dennoch sorgt sie schon seit Jahren für Ärger. Dass die Dinge nicht so bleiben können, wie sie sind, hat der Bundesfinanzhof 2014 klargestellt, als er die heutige Grundsteuerregelung als „möglicherweise verfassungswidrig“ einstuft. Die Folge:

Bis zur Klärung durch das Bundesverfassungsgericht sind alle aktuellen Grundsteuerbescheide nur als vorläufig anzusehen.

Dreh- und Angelpunkt der Grundsteuerdebatte ist die Bewertungsfrage. Derzeit erfolgt die Steuerermittlung auf der Basis sogenannter Einheitswerte. Diese Werte beziehen sich in Westdeutschland auf das Jahr 1964 und in Ostdeutschland sogar auf das Jahr 1935. Folglich weichen sie je nach Lage der Grundstücke und dem Alter der darauf stehenden Gebäude zum Teil stark von den Verkehrswerten ab – also jenen Preisen, die die Grundstücke heute bei einem Verkauf erzielen würden.

Das aktuelle Verfahren ist damit veraltet und ungerecht. Dies gilt trotz der Tatsache, dass die Grundsteuer in den vergangenen Jahren kräftig gestiegen ist – denn das liegt allein an den Hebesätzen, die die Kommunen stetig erhöht haben.

Um die Grundsteuer an heutige Verhältnisse anzupassen, müssten sich alle Bundesländer auf eine Gesetzesinitiative verständigen – doch erst in diesem Sommer hat Bayern eine Einigung blockiert, sodass eine Reform in dieser Legislaturperiode – also bis 2017 – nicht mehr zu schaffen ist.

Dabei liegen diverse Reformmodelle längst auf dem Tisch (Grafik Seite 5). Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) plädiert für die Einführung eines der Bodensteuermodelle. Diese berücksichtigen ausschließlich die Größe und den Wert der jeweiligen Grundstücke und lassen bereits vorhandene Gebäude außen vor. Damit stehen diese Modelle im Gegensatz zu sogenannten verbundenen Grundsteuern, die auch auf die vorhandenen Immobilien abstellen – so wie bei der derzeitigen Grundsteuerregelung.

Das IW Köln hat die verschiedenen Konzepte mithilfe eines Simulationsmodells auf der Ebene der Kommunen verglichen. Das Ergebnis spricht für den Umstieg auf ein Bodensteuermodell – und zwar aus zwei Gründen:

- **Die Bodensteuer bremst die Bautätigkeit nicht aus.** Die Bodenwertmodelle setzen für ein bestimmtes Grundstück immer den gleichen Wert an – egal, wie groß, wie alt und wie gut ausgestattet die darauf be-

findliche Immobilie ist. Bezieht man dagegen die Gebäude mit in die Bemessungsgrundlage ein, setzt also auf eines der Verbundmodelle, dann treiben Investitionen auch die Grundsteuer in die Höhe. Das dürfte so manchen Eigentümer zurückschrecken lassen – und das, wo doch künftig immer mehr Wohnungen aufgrund von Klimaschutzvorgaben saniert oder aufgrund des demografischen Wandels altersgerecht umgebaut werden müssten.

Setzt sich eines der Verbundmodelle durch, wird zudem so manches brachliegende Grundstück auch weiterhin unbebaut bleiben – denn sein Eigentümer wird mit einer niedrigeren Grundsteuer „belohnt“. Das ist jedoch ein völlig falscher Anreiz, schließlich sind rund 7 Prozent der ausgewiesenen Siedlungsflächen in Deutschland Brachland oder Baulücken. Würden diese Flächen genutzt, wäre mehr Bauland verfügbar, was gerade in den Ballungszentren mit angespannten Wohnungsmärkten sehr wichtig wäre. Die Städte müssten dann auch weniger in die Breite wachsen. Das würde zum Beispiel helfen, Kosten für die Verkehrsinfrastruktur zu sparen.

Diese Unterschiede zwischen den einzelnen Grundsteuermodellen lassen sich gut durch das konkrete Beispiel eines Mehrfamilienhauses mit vier Wohnungen veranschaulichen:

Eine Grundsteuer, die den Verkehrswert des Grundstücks und den des Gebäudes zugrunde legt, beläuft sich auf 280 Euro je Wohnung – nochmals 15 Euro mehr als derzeit. Beim kombinierten Bodenwertmodell fallen dagegen nur noch 177 Euro an.

Umgekehrt erhöht sich die Grundsteuer für ein unbebautes Grundstück in den Bodenwertmodellen gegenüber der heutigen Regelung deutlich – ein klares Signal an die Eigentümer, Grundstücke nicht ungenutzt zu lassen.

Betrachtet man die IW-Simulationsergebnisse nicht mehr im Einzelfall, sondern geht auf die Ebene der Kommunen, führen die Reformmodelle je nach Lage eines Grundstücks zwar durchaus zu recht unterschiedlichen Steueranpassungen. Das liegt jedoch schlicht an den bislang verwendeten veralteten Einheitswerten, die selbst für Grundstücke mit ähnlichen Charakteristika sehr stark streuen. An der Notwendigkeit einer Reform und den Vorteilen der Bodenwertmodelle ändert das aber nichts.

• **Der Verwaltungsaufwand bei der Bodensteuer ist gering.** Wenn für die Berechnung der Grundsteuer neben der Fläche auch der Wert des Gebäudes relevant ist, steigt der Erhebungsaufwand enorm an. Vor allem die Feststellung des genauen Gebäudewerts ist angesichts sehr unterschiedlicher Baustandards und Ausstattungen ausgesprochen schwierig.

Bei den Bodenwertmodellen dagegen müssen lediglich die Größe und der Wert des Grundstücks ermittelt werden. Die dafür benötigte Datengrundlage hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Für die meisten Grundstücke – bebaute und unbebaute – sind heute sogenannte Bodenrichtwerte bereits im Internet abrufbar. Der zusätzliche Aufwand für eine flächendeckende und belastbare Statistik wäre daher sehr gering.

Vgl. auch IW policy paper 32/2015 unter: iwkoeln.de/grundsteuer

Grundsteuer: Die Reformmodelle

Die Grundsteuer wird in Deutschland auf der Basis sogenannter Einheitswerte festgesetzt – diese sind jedoch seit vielen Jahren nicht mehr aktualisiert worden. Um die Grundsteuer den aktuellen Grundstücks- und Bauwerten anzupassen und damit gerechter zu gestalten, liegen verschiedene Reformmodelle vor. Die ersten drei Konzepte stammen von Arbeitsgruppen der Bundesländer. Die beiden Bodensteuermodelle werden vom IW Köln favorisiert, aber von der mit der Reform beauftragten länderoffenen Arbeitsgruppe nicht berücksichtigt. Alle Reformmodelle unterscheiden sich darin voneinander, auf welcher Basis der Steuermessbetrag ermittelt wird:

- Das **wertunabhängige Modell** legt die Grundstücksfläche pauschal mit 2 Cent und die Gebäudefläche pauschal mit 20 Cent zugrunde – jeweils pro Quadratmeter
- Das **Kombinationsmodell** bewertet die Grundstücksfläche mit dem Bodenrichtwert (multipliziert mit 0,5 Promille) und die Gebäudefläche pauschal mit 20 Cent pro Quadratmeter
- Das **Verkehrswertmodell** bewertet das Grundstück einschließlich der darauf stehenden Gebäude mit dem Verkehrswert
- Das **reine Bodensteuermodell** bewertet allein die Grundstücksfläche mit dem Bodenrichtwert (multipliziert mit 0,8 Promille)
- Das **kombinierte Bodensteuermodell** bewertet die Grundstücksfläche mit einer Kombination aus Bodenrichtwert und Festbetrag (multipliziert mit 0,5 Promille)

Beispielrechnungen:

Grundsteuer pro Jahr in Euro – unter der generellen Annahme, dass das Grundsteueraufkommen unverändert bleiben soll und die Kommunen den Hebesatz entsprechend anpassen

1. Grundstück mit Einfamilienhaus

Grundstücksfläche: 600 Quadratmeter, Bodenrichtwert: 120 Euro pro Quadratmeter, Bruttogrundfläche Haus: 200 Quadratmeter, Wohnfläche: 130 Quadratmeter, Verkehrswert: 200.000 Euro, Einheitswert: 29.000 Euro

Aktuelle Grundsteuer	317
Wertunabhängiges Modell	322
Kombinationsmodell	334
Verkehrswertmodell	280
Reines Bodensteuermodell	387
Kombiniertes Bodensteuermodell	400

2. Grundstück mit Mehrfamilienhaus

Grundstücksfläche: 800 Quadratmeter, Bodenrichtwert: 200 Euro pro Quadratmeter, Bruttogrundfläche Haus: 700 Quadratmeter, Anzahl Wohneinheiten: 4, Wohnfläche je Wohnung: 80 Quadratmeter, Verkehrswert einer Wohnung: 200.000 Euro, Einheitswert einer Wohnung: 18.000 Euro

Aktuelle Grundsteuer je Wohnung	265
Wertunabhängiges Modell	242
Kombinationsmodell	242
Verkehrswertmodell	280
Reines Bodensteuermodell	215
Kombiniertes Bodensteuermodell	177

3. Unbebautes Grundstück

Grundstücksfläche: 600 Quadratmeter, Bodenrichtwert: 120 Euro pro Quadratmeter, Verkehrswert: 72.000 Euro, Einheitswert: 6.000 Euro

Aktuelle Grundsteuer	88
Wertunabhängiges Modell	74
Kombinationsmodell	158
Verkehrswertmodell	101
Reines Bodensteuermodell	387
Kombiniertes Bodensteuermodell	400

Es tut sich was

MINT-Berufe. Der demografische Wandel wird die Fachkräfteengpässe in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Die Zuwanderung von Flüchtlingen könnte jedoch zu einer leichten Entspannung führen: Schon heute verstärken Zuwanderer aus typischen Flüchtlingsländern die Belegschaften in deutschen Unternehmen.

Bundesweit gingen Ende Dezember 2014 rund 6,5 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte einem MINT-Beruf nach – MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik –, das waren 2,6 Prozent mehr als zwei Jahre zuvor. Davon entfielen 4,1 Millionen auf Facharbeiterberufe. Weitere 1,2 Millionen Erwerbstätige waren in Meister- oder Technikerberufen tätig, die übrigen knapp 1,2 Millionen in Akademikerberufen.

Der Zuwachs reichte jedoch nicht aus, um die Arbeitskräftelücke auf-

zufüllen – Ende September 2015 fehlten der deutschen Wirtschaft immer noch 164.400 MINT-Kräfte. Das größte Minus gab es in den Ausbildungsberufen (77.800), gefolgt von den Akademikerberufen (56.800).

Die Engpässe wären heute jedoch noch größer, wenn Deutschland nicht in hohem Maße von der Zuwanderung entsprechend qualifizierter Menschen profitiert hätte. Am größten waren die Zuwächse bei Einwanderern aus Mittel- und Osteuropa, Indien und Spanien.

In der Folge ist die Beschäftigung ausländischer MINT-Arbeitnehmer vom vierten Quartal 2012 bis zum vierten Quartal 2014 im Durchschnitt um fast 11 Prozent gestiegen – mehr als viermal so stark wie die der deutschen MINTler. Besonders kräftig legte die Zahl der ausländischen Akademiker zu (Grafik).

Ohne die Zuwanderung würden der deutschen Wirtschaft heute mehr als 200.000 MINT-Kräfte fehlen.

Wie geht es weiter? In den kommenden Jahren dürfte sich die Fachkräftelücke vor allem in den Ausbildungsberufen vergrößern. Denn ein großer Anteil der MINT-Beschäftigten geht in absehbarer Zeit in Rente – aber nur wenige jüngere rücken nach. Vor allem in den ostdeutschen Bundesländern ist das Missverhältnis zwischen Jung und Alt groß.

Gerade Ostdeutschland wäre also auf Zuwanderer angewiesen. Doch die Neuankömmlinge suchen sich zumeist andere Regionen – nämlich solche, in denen bereits Verwandte und Bekannte aus der Heimat leben.

Zuwanderer lassen sich deshalb vor allem in Baden-Württemberg, Südhessen und rund um München nieder, den besonders innovations- und wirtschaftsstarke Clustern der deutschen Metall- und Elektro-Industrie. Hier hat inzwischen rund jeder zehnte MINT-Arbeitnehmer eine ausländische Staatsangehörigkeit. In Ostdeutschland wird allenfalls ein Anteil von 2 Prozent erreicht – obwohl die Beschäftigung von Ausländern in MINT-Berufen von Ende 2012 bis Ende 2014 ähnlich stark gestiegen ist wie im Westen.

MINT-Beschäftigung profitiert von Ausländern

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in MINT-Berufen, viertes Quartal 2012 = 100



Expertentätigkeiten: vornehmlich Akademiker; Spezialistentätigkeiten: vornehmlich Meister und Techniker; MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik; Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iw-d 42

Damit auch die aktuelle Einwanderung von Flüchtlingen einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten kann, sind allerdings noch einige Hürden zu überwinden:

- **Deutschkenntnisse.** Wie man aus den Lebensläufen der früher Zugewanderten weiß, haben Menschen aus typischen Flüchtlingsländern geringere Deutschkenntnisse als andere Zuwanderer – und müssen entsprechend geschult werden.
- **Formale Qualifikationen.** Im Jahr 2013 hatte zwar ein gutes Viertel dieser Zuwanderer im Alter zwischen 25 und 64 Jahren einen beruflichen Abschluss und knapp ein Fünftel einen Hochschulabschluss. Mehr als die Hälfte aber verfügte über keine abgeschlossene Berufsausbildung. Erste Schätzungen des IAB deuten sogar darauf hin, dass die aktuellen Flüchtlinge aus den Krisenländern noch einmal deutlich geringere Qualifikationen haben. Um diese Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, ist also noch eine ganze Menge zu leisten.

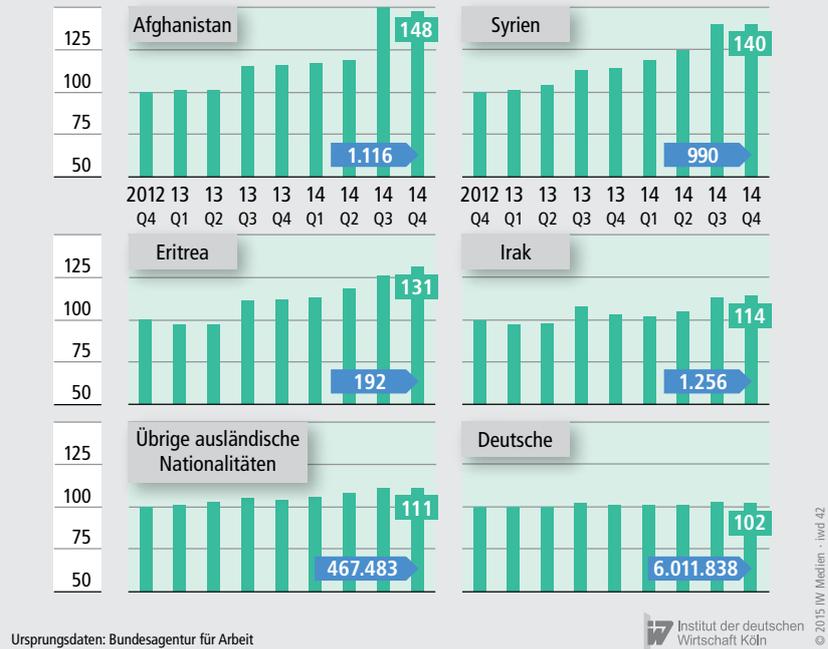
Wenn allerdings alles passt, dann haben Flüchtlinge in Deutschland durchaus berufliche Chancen – auch in MINT-Berufen. Dies belegt die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Demnach hat die Zahl der in MINT-Berufen beschäftigten Afghanen, Syrer, Eritreer und Iraker wesentlich stärker zugenommen als die der deutschen MINTler.

Allerdings handelt es sich dabei sprichwörtlich nur um den Tropfen auf den heißen Stein. Ende 2014 gingen erst 3.500 Personen aus den vier genannten Herkunftsländern einer sozialversicherungspflichtigen MINT-Beschäftigung nach (Grafik).

Auch der Anteil der MINTler an den sozialversicherungspflichtig Be-

Woher die MINT-Fachkräfte kommen

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in MINT-Berufen in Deutschland, viertes Quartal 2012 = 100 ■ Absolute Zahlen im vierten Quartal 2014



schäftigten dieser Herkunftsregionen ist nach wie vor relativ gering: Während 22 Prozent der Deutschen in einem MINT-Beruf tätig sind, beträgt der entsprechende Anteil bei den Syrern 11 Prozent und bei den anderen drei Flüchtlingsgruppen etwa 8,5 Prozent.

Viele dieser MINT-Beschäftigten sind Facharbeiter – bei Irakern beträgt der Anteil 89, bei Afghanen 85 Prozent. Bei den Deutschen sind es 63 Prozent. Unter den Syrern ist das Qualifikationsniveau deutlich höher: 40 Prozent der MINTler sind Meister, Techniker oder Akademiker.

Um die Flüchtlinge möglichst reibungslos in den Arbeitsmarkt zu integrieren, sind Sprachkurse das A und O. Das ist allerdings eine ehrgeizige Aufgabe, denn nach Schätzungen der Kultusministerkonferenz gibt es allein 300.000 schulpflichtige Flüchtlinge, für die nach IW-Berechnungen etwa bis zu 30.000 zusätzliche Lehrer benötigt werden.

Um diesen Bedarf zu decken, müssen unkonventionelle Wege gegangen werden. So sind – berechnet auf der Basis des Mikrozensus – derzeit rund 16.500 Lehrer arbeitslos gemeldet; weitere 2.400 sind zwar offiziell nicht arbeitslos, suchen aber gleichwohl einen Job. Diese beiden Gruppen müssten gezielt angesprochen werden, sich in der Sprachförderung zu engagieren.

Zudem könnten auch Lehrer, die schon im Ruhestand sind, reaktiviert werden: So sind derzeit 24.000 55- bis 59-jährige Lehrer nicht berufstätig, unter den 60- bis 64-Jährigen sind es 74.000 und unter den 65- bis 69-Jährigen 123.000. Auch hier könnte zumindest der Versuch unternommen werden, sie über Anreizsysteme für eine Rückkehr in den Schuldienst zu gewinnen.

Die private Entwicklungshilfe

Heimatüberweisungen von Migranten. Flüchtlinge und andere Zuwanderer, die in den Arbeitsmarkt integriert werden, überweisen viel Geld in ihre Heimatländer – und leisten damit oft mehr als die staatliche Entwicklungshilfe.

Remittances, das ist der offizielle Fachbegriff für das, was in Deutschland Heimatüberweisungen genannt wird: Geld, das Migranten über internationale Finanzdienstleister wie Western Union oder Moneygram in ihre Herkunftsländer überweisen, um dort ihre Familien oder Freunde zu unterstützen.

Die Geldbeträge, die laut Weltbank auf diese Weise zusammenkommen, können sich sehen lassen (Grafik):

Im Jahr 2013 haben allein die Migranten aus den Entwicklungsländern 418 Milliarden Dollar in ihre Heimatstaaten überwiesen – gut fünfmal so viel wie im Jahr 2000.

Adressaufkleber

Entwicklungsländer: Migranten helfen mehr als Staaten

Externe Kapitalzuflüsse in die Entwicklungsländer in Milliarden Dollar



Direktinvestitionen: zum Beispiel Niederlassungen ausländischer Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen; Quellen: OECD, Vereinte Nationen, Weltbank

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien | iwd 42

Wie außergewöhnlich groß dieser Betrag ist, wird klar, wenn man ihn mit der offiziellen Entwicklungshilfe vergleicht: Die OECD-Mitgliedsländer haben im Jahr 2013 zusammen nämlich nur rund 135 Milliarden Dollar für Entwicklungshilfe ausgegeben – also nicht einmal ein Drittel des Betrags, den die Migranten überwiesen.

Die privaten Finanzhilfen sind für viele Entwicklungsländer die wichtigste externe Kapitalquelle – nach Direktinvestitionen wie Unternehmensbeteiligungen. Manche Staaten sind sogar regelrecht abhängig davon, weil Remittances einen Großteil ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmachen. Ein Beispiel:

In Tadschikistan besteht nahezu die Hälfte des BIP aus Heimatüberweisungen.

In den Empfängerländern wird dieses Geld meistens für den alltäglichen Einkauf verwendet, also für den privaten Konsum. Mancherorts werden damit aber auch Gesundheitsleistungen und Bildungsausgaben finanziert.

In den vielen Entwicklungsländern, in denen allenfalls erste Ansätze eines Sozialhilfesystems existieren, sind die Heimatüberweisungen Teil der privaten Wohlfahrt. Sie verbessern die Lebensbedingungen der Menschen und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung der Armut.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein

Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504

E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Aboservice: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.